

**Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit
Referat Afrika**

**Angola auf dem Weg zur Versöhnung ?
Notizen über eine afrikanische Nation voller Widersprüche**

erstellt von:

**Harald Küppers
Emil-Janßen-Str. 12
22307 Hamburg
Tel.: 040/6918722**

C 98 - 01176

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
Einleitung.....	1
Die Bestimmungen des Lusaka-Protokolls und die Schwierigkeiten bei der Umsetzung.....	4
Die politischen Parteien - Basis für ein Mehrparteiensystem?	7
Die Regierung der Nationalen Einheit und Versöhnung (GURN)	11
Angolas Wirtschaft - Zwischen Chaos und Wiederaufbau.....	14
Angolas Kirchen und NRO - Stimmen des Volkes oder Stimmenwirrwarr ?.....	17
Angolas Medien - Knospen der Demokratie im Schatten der Machthaber	20
Der Machtwechsel in Kongo/Zaire und seine Bedeutung für Angola	21
Angolas Perspektiven - Hoffen auf wirtschaftlichen Wiederaufbau und Konsolidierung des Friedens	22
Abkürzungsverzeichnis	24
Gesellschaft stärken - Versöhnung fördern: Ansatzpunkte für die Stiftungsarbeit (Ergänzungen durch die Friedrich-Ebert-Stiftung)	

Angola auf dem Weg zur Versöhnung ?

Notizen über eine afrikanische Nation voller Widersprüche

„Wird der Frieden halten ?“ Das ist die Frage, die seit der Unterzeichnung des Friedensprotokolls von Lusaka im November 1994 alle Menschen in Angola beschäftigt: die Bauern, die ihre Felder verlassen und in Flüchtlingslager umsiedeln mußten, die Soldaten, die auf ihre Entlassung aus einer der beiden Armeen warten, die Diplomaten und die UN-Mission, die den Konfliktparteien immer wieder Zugeständnisse abringen.

In den letzten Monaten sind immerhin ein paar Hürden im Friedensprozeß genommen worden. Am 11. April 1997 wurde eine „Regierung der Nationalen Einheit und Versöhnung (GURN)“ gebildet, in der neun der zwölf im Parlament vertretenen Parteien Minister bzw. Vize-Minister stellen. Am 30. April kehrte die staatliche Administration in die einzige noch von der UNITA besetzten Provinzhauptstadt, Mbanza Kongo in der Provinz Zaire, zurück. Die Demobilisierung und die Integration der UNITA-Soldaten in die gemeinsame Armee (FAA) hat mit dem „*Rapid Demobilisation Plan*“ ebenfalls neuen Schwung erhalten.

Doch nach dem Machtwechsel im benachbarten Kongo-Kinshasa ist es im Nordosten Angolas zu heftigen Gefechten zwischen der Regierungsarmee und UNITA-Soldaten gekommen, obwohl die UNITA offiziell über gar keine eigenen Truppen mehr verfügt. Bisher blieb unklar, ob beide Seite sich lediglich noch einmal ihre militärische Stärke beweisen wollten oder ob der Friedensprozeß ernsthaft gefährdet ist. In Angola diktieren schon so lange Waffen das politische Geschehen in Angola, daß niemand mehr mit Euphorie an Frieden glaubt.

Während der letzten 30 Jahren hat Angola nur kurze Momente des Friedens erlebt. In den 60er Jahren entbrannte zunächst ein Anti-Kolonialkrieg gegen die Herrschaft Portugals. Die Befreiungsbewegung war jedoch in drei Organisationen gespalten: die *Frente da Libertação Nacional de Angola (FNLA)* berief sich auf die Traditionen des Kongo-Königreichs im Norden des Landes und erhielt Unterstützung aus dem Nachbarland Zaire; die *MPLA (Movimento Popular de Libertação de Angola)* fand als sozialistisch-nationalistische Bewegung insbesondere Anhänger unter den städtischen Eliten und im Umland der Hauptstadt Luanda, internationale Hilfen erhielt sie aus Moskau und Havana; die UNITA (União Nacional da Independência Total de Angola) entstand im Hochland Angolas und kann auch heute noch auf die Unterstützung eines Großteils der bevölkerungsstarken Ovimbundu-Ethnie zählen.

Als Angola am 11. November 1975 unabhängig wurde, war der erste Bürgerkrieg bereits entbrannt. FNLA und UNITA versuchten mit militärischer Hilfe sowohl des damaligen Präsidenten Zaires als auch des Apartheid-Regimes in Südafrika die Macht in Angola an sich zu reißen.

C 98 - 01176



Insgeheim unterstützten auch die USA den Kampf gegen die MPLA. Diese konnte sich jedoch aufgrund massiver Waffenlieferungen aus dem sozialistischen Block und Unterstützung kubanischer Soldaten behaupten und wurde international als Regierung Angolas anerkannt. Erst im Jahre 1988 mit dem Ende des Kalten Krieges kam politische Bewegung in den Konflikt. Unter Vermittlung der USA handelte das Apartheidregime Südafrikas mit der angolanischen Regierung und der namibianischen Befreiungsbewegung (SWAPO) ein Friedensabkommen aus. Südafrika verpflichtete sich, seine Soldaten aus Angola und Namibia zurückzuziehen. Im Gegenzug mußten die kubanischen Soldaten binnen 2 Jahre das angolanische Territorium verlassen. Das Namibia-Abkommen reduzierte zwar den direkten ausländischen Einfluß auf den Krieg, dennoch erhielt die UNITA weiterhin ausreichend Waffen, um den Kampf fortzusetzen. Es wurde klar, daß keine Seite den Feind militärisch in die Knie zwingen konnte. Diese Einsicht und eine Vermittlungsinitiative Portugals führten dann 1990 zu Verhandlungen, die im Mai 1991 in der Unterzeichnung des Waffenstillstands und des *Friedensabkommens von Bicesse* mündeten. Wie sich im Laufe des Friedensprozesses bis zu den Wahlen Ende September 1992 herausstellte, wiesen der Vertrag von Bicesse und die Überwachungsmission UNAVEM II jedoch einige Mängel auf; mit verheerende Folgen:

- * Erstens konnte eine effektive Demobilisierung der UNITA-Soldaten nicht gewährleistet werden. Die Regierung baute im Gegenzug eine mehrere tausend Mann starke Sondereinsatz-Polizei auf. Die Zeit zwischen Friedensschluß und Wahlen war schon allein aus logistischen Gründen viel zu kurz. Mandat sowie Stärke der UN-Blauhelmtruppe ließen keine wirksame Überwachung des Friedensprozesses zu.
- * Zweitens konnte die Ausdehnung der Staatsverwaltung auf das gesamte angolanische Territorium nicht abgeschlossen werden. Zum Zeitpunkt der Wahlen standen - laut der angolanischen Tageszeitung *Jornal de Angola* - noch 52 Gemeinden unter UNITA-Kontrolle.
- * Drittens arbeiteten die Kommissionen zur Überwachung des Friedensprozesses schlecht. Das gegenseitige Mißtrauen zwischen UNITA und MPLA konnte nicht abgebaut werden. Bei den Wahlen ging es beiden Parteien darum, den endgültigen Sieg zu erringen, der ihnen auf dem Schlachtfeld verwehrt geblieben war. Längerfristige Maßnahmen zur Versöhnung oder Garantien für den Wahlverlierer wurden im Vorfeld nicht vereinbart.
- * Viertens ließen MPLA und UNITA keinen Platz für andere politische Akteure auf der politischen Bühne Angolas. Während die beiden großen Parteien einen Wahlkampf mit massiven Werbeeinsatz führten, der ca. 150 Millionen US-Dollar gekostet haben soll, blieb die zersplitterte Opposition weitgehend mittellos. Auch die zaghaften Appelle der Kirchen und der noch jungen angolanischen Nicht-Regierungsorganisationen zeigten keine Wirkung.

Dennoch fanden am 29. und 30. September 1992 unter Aufsicht internationaler Wahlbeobachter die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Überraschend deutlich ging die MPLA mit 53,4 % der Stimmen als Siegerin aus den Parlamentswahlen hervor. Ihr Präsidentschaftskandidat, der amtierende Präsident José Eduardo dos Santos, scheiterte mit 49,57 % denkbar knapp an der absoluten Mehrheit, so daß eine Stichwahl zwischen ihm und dem UNITA-Führer Jonas Savimbi (40,07 %) notwendig gewesen wäre. Die UNITA mußte sich mit 34,1 % der Stimmen deutlich geschlagen geben, lediglich in vier der 18 Provinzen (Huambo, Bie, Kuando Kubango und Benguela) erhielt sie mehr Stimmen als die MPLA. Die restlichen 16 Parteien erreichten zusammen lediglich 12,5 %. Regionale Erfolge erzielten jedoch die FNLA im Norden und die bis dahin unbekannte PRS im Nordosten Angolas. Sowohl die Nationale Wahlkommission als auch die UNO erklärten die Wahlen für „im allgemeinen frei und fair“, da Unregelmäßigkeiten im Wahlablauf auf Unerfahrenheit zurückzuführen wären und keinen systematischen Betrug erkennen ließen.

Die UNITA erkannte die Wahlen aber nicht an. Savimbi zog sich bereits drei Tage später von Luanda in die zweitgrößte Stadt Angolas, nach Huambo, zurück, die mitten in den UNITA-Hochburgen liegt. Seine Generäle verließen die gerade formierte gemeinsame Armee und folgten ihm. In den folgenden Wochen brachten UNITA-Truppen weite Teile des Landes unter ihre Kontrolle bis die Regierung ihre Polizei-Sondereinheiten gegen Savimbis Soldaten einsetzte und Waffen an die Bevölkerung austeilte. Überall im Land entbrannte ein blutiger Bürgerkrieg. Binnen zwei Jahren starben schätzungsweise eine halbe Millionen Menschen. Fast 2 Millionen Angolaner flüchteten aus ihren Heimatgebieten in sichere Zonen mit internationaler Nahrungsmittelhilfe oder in die Nachbarländer Zaire und Sambia.

Schaffte es die UNITA zunächst fast 80 % des Landes in ihre Gewalt zu bringen, so konnte die Regierung Dank umfangreicher Waffenimporte und Reorganisation der Armee zunehmend Boden wieder gutmachen. Bis auf Mbanza Kongo brachte sie alle Provinzhauptstädte wieder unter ihre Kontrolle. Erneut entstand ein militärisches Patt. Denn der Regierung mochte es vielleicht gelingen die UNITA aus den großen Städte zu vertreiben, doch ein Land wie Angola, das so groß ist wie Deutschland, Frankreich und Spanien zusammen, bietet genug Rückzuggebiete für eine Rebellenarmee.

Diplomatische Bemühungen des neuen UN-Sonderbeauftragten Alioune Blondin Beye sowie der Präsidenten Sambias und Südafrikas führten schließlich am 20. November 1994 zur Unterzeichnung eines neuerlichen Friedensabkommens, dem sogenannten *Lusaka-Protokoll*.

Die Bestimmungen des Lusaka-Protokolls und die Schwierigkeiten bei der Umsetzung

Mit dem Lusaka-Protokoll hat der Friedensprozeß nicht von vorne begonnen, sondern es wurde der Versuch gemacht, an die Vereinbarungen von 1991/92 anzuknüpfen. Der Tenor des Abkommens ist jedoch ein anderer. Galt bis '92 das Motto „The winner takes all“, so bestimmt nun das Motiv „Einheit und Versöhnung“ den Wortlaut der Vereinbarungen. In einer Übergangszeit bis zu den kommenden Wahlen, die vermutlich nicht vor dem Jahr 2000 zuende gehen wird, werden UNITA-Politiker und -Kämpfer in staatliche Institutionen integriert. Die UNITA darf Minister, Botschafter, Gouverneure und regionale Administratoren benennen und ein Großteil ihrer Truppen wird in die Armee (FAA) sowie in die Polizei integriert.

Im einzelnen sieht das *Lusaka-Protokoll* folgende Schritte zur Lösung der militärischen Fragen des Friedensprozesses vor:

1. Waffenstillstand, beidseitiger Rückzug an allen Fronten, Einrichtung von Überwachungskommissionen unter Aufsicht der UNO; Registrierung der Truppen und Waffenstärke, Gefangenenaustausch; Ausweisung ausländischer Söldner.
2. Nach der Stationierung einer ca. 7.000 Blauhelm-Soldaten umfassenden UN-Peace-Keeping-Mission (UNAVEM III): Kasernierung und Entwaffnung der UNITA-Soldaten, Integration in die gemeinsame Armee (FAA) oder ihrer Demobilisierung sowie Entlassung überzähliger Regierungssoldaten.

Zur Überwachung des Abkommens wurde die „Gemeinsame Politisch-Militärische Kommission“ von Regierung und UNITA wieder installiert. Neu ist, daß nicht nur die Beobachter der Troika (USA, Rußland, Portugal) an der Kommission teilnehmen, sondern sie unter dem Vorsitz des UN-Sonderbeauftragten steht.

Die politischen Elemente der Vereinbarung lauten:

1. Rückkehr der UNITA-Abgeordneten nach Luanda und ins Parlament;
2. Aufnahme von UNITA-Mitgliedern in die nationale, Provinz- und lokalen Regierungen, und in die Verwaltungen auf allen Ebenen, sowie in den diplomatischen Dienst;
3. Übereinkunft über einen speziellen Status für den UNITA-Führer Savimbi;
4. prinzipielle Übereinkunft über Dezentralisierung und Dekonzentration der Verwaltung, die den Provinzen das Recht geben soll, autonomer Entscheidungen zu treffen und einen Teil der Finanzen selbst zu verwalten;
5. Reintegration der „UNITA-Gebiete“ in die gemeinsame staatliche Verwaltung;
6. Verschiebung der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen auf unbestimmte Zeit nach Abschluß aller bisher genannten Maßnahmen.

Um der UNITA die Wiederaufnahme politischer Aktivitäten zu ermöglichen bzw. ihren Politikern eine Unterkunft zu verschaffen, hat sich die Regierung außerdem verpflichtet, über 100 Wohnungen oder Häuser zur Verfügung zu stellen sowie Büroräume in allen Provinzhauptstädten einzurichten.

Stellt man den Friedensvertrag von Bicesse (1991) dem Lusaka-Protokoll (1994) gegenüber, so läßt sich feststellen, daß die UNO ein stärkeres und genauer definiertes Mandat erhält.

Während das Bicesse-Abkommen der UNO-Mission lediglich die Rolle zuwies, die Arbeit der gemeinsamen Kommissionen von UNITA und Regierung zu überprüfen, müssen die Vereinten Nationen nach dem Lusaka-Protokoll in alle Prozesse miteinbezogen werden und übernehmen zentrale Aufgaben bei der Kontrolle und Durchführung des Abkommens. Der Ablauf des Friedensprozesses wurde anders als 1991 nicht mit einem fixen Abschlußdatum versehen.

Vielmehr wurden mehrere Phasen vereinbart, die nacheinander abgeschlossen werden müssen. Wahlen kann es erst dann geben, wenn die UNO erklärt, daß die Verwaltung überall im Land „normal funktioniert“, das heißt, die Trennung in Regierungs- und UNITA-Gebiete

vollkommen überwunden ist. Sah der erste Zeitplan 455 Tage zur Umsetzung des Lusaka-Protokolls vor und hatte die UNO einen Blauhelm-Einsatz von maximal 2 Jahren geplant, so wurde doch sehr bald klar, daß das Mißtrauen auf beiden Seiten für eine zügige Implementierung der Vereinbarungen zu groß ist.

Beiderseitige Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkommen und Verzögerungen bei der Truppenentflechtung in den Frontgebieten behinderten 1995 die Umsetzung des militärischen Teils der Vereinbarungen. Die UNITA verfolgte - anders als noch 1991/92 - eine Hinhalte-taktik, um die Regierung zu weiteren Zugeständnissen zu zwingen. Nicht ohne Erfolg, denn die Regierung sagte schließlich zu, auch ihre Polizeisondereinheiten (ca. 20.000 Mann) zu kasernieren sowie an UNITA-Vertreter Diamantenschürfrechte zu vergeben. Außerdem wurde der Ablaufplan der Demobilisierung auf Wunsch der UNITA gegenüber dem Lusaka-Protokoll abgeändert. Zunächst sollen demnach alle UNITA-Soldaten in die gemeinsame Armee integriert werden, um dann Schritt für Schritt die Demobilisierung von Soldaten beider Seiten durchzuführen. Knapp 7.000 UN-Blauhelme und -Militärbeobachter der UNAVEM-III-Mission trafen im Laufe des Jahres 1995 in Angola ein, konnten aber zunächst nicht aktiv werden, da sich die Kasernierung der UNITA-Soldaten bis zum Frühjahr 1996 verzögerte. Die UN, die Troika der Vermittler (Portugal, USA, Rußland) und die internationale Gebergemeinschaft zeigten anfangs noch Verständnis für die Verzögerungen. Zumal Staatspräsident Dos Santos und UNITA-Führers Savimbi auf ihrem ersten Zusammentreffen im Mai 1995 in Lusaka und auf der Brüsseler Geberkonferenz im September 1995 unisono beteuerten, daß der

Friedensprozesses in Angola unumkehrbar sei. Nachdem aber bis Mitte 1996 wesentliche Bestimmungen des Lusaka-Protokolls nicht umgesetzt worden waren und Savimbi das Amt des Vize-Präsidenten nicht akzeptierte hatte, nahm der diplomatische Druck insbesondere auf die UNITA zu. Die USA lehnten es ab, Savimbi auf einer geplanten Auslandsreise überhaupt zu empfangen und Frankreich bot lediglich ein Treffen auf Staatssekretärebene an. Mit der Wiederwahl Clintons wurden auch die Hoffnungen Savimbis zunichte gemacht, ein republikanischer US-Präsident könnte einen erneuten Richtungswechsel in der US-amerikanischen Angola-Politik zugunsten der UNITA bewirken.

Die UNO kritisierte nun deutlicher, daß sich der Prozeß ohne Aussicht auf eine Ende verzögerte und daß UNITA weiter Waffen und Soldaten zurückhalte. Der UN-Sicherheitsrat verlängerte die UNAVEM-III-Mission nicht wie üblich alle halbe Jahre, sondern alle zwei bis drei Monate entschied er über die Fortsetzung der Mission neu. Er erhoffte sich so, mehr Druck auf die Konfliktparteien ausüben zu können. Auch diese Strategie brachte jedoch nicht den gewünschten Erfolg. Als sich schließlich im Herbst 1996 immer noch keine Lösung der politischen Streitfragen abzeichnete und die Demobilisierung nicht begonnen hatte, äußerte der UN-Sicherheitsrat am 11. Oktober scharfe Kritik an der UNITA und beschloß in seiner Resolution 1087 am 11. Dezember, die Mission wie geplant offiziell am 27. Februar 1997 zu beenden. Die UN-Blauhelme sollen schrittweise bis August 1997 abgezogen werden. Das UN-Engagement wird aber nicht im August schlagartig enden, vielmehr wird die Überwachungsmission in eine weniger kostspielige Beobachtungsmission (UNOMA) überführt. Ihre Aufgabe wird sein, bis zum Februar 1998 die übrige Vereinbarung des Lusaka-Protokolls (Reintegration der demobilisierten Soldaten, Integration der Verwaltung) zu überwachen. Das entschiedene Vorgehen der UN zeigte bei UNITA und Regierung Wirkung. Mitte Dezember waren alle UNITA-Soldaten (bis auf 22.000 „Vermißte und Deserteure“) in den Kasernierungslagern eingetroffen, womit die militärische Voraussetzung zur Bildung einer gemeinsamen Armee erfüllt war. Am 10. Januar 1997 traten schließlich 32 hohe UNITA-Offiziere in den Generalstab der gemeinsamen Armee (FAA) ein, darunter der ehemalige UNITA-Militär-Chef General Arlindo Chena Pena „Ben Ben“, der nun Stellvertreter des obersten Heerführers der FAA ist. Noch im Dezember einigte man sich auf einen neuen Zeitplan zur Bildung der Regierung der Nationalen Einheit (GURN) bis Ende Januar 1997. Bis GURN gebildet wurde, verstrichen jedoch weitere drei Monate. Die ständigen Verzögerungen im Friedensprozeß und die Widersprüche in den Aussagen angolischer Politiker lassen ausländischen Beobachtern das politische Geschehen Angolas chaotisch und unvorhersehbar erscheinen. Um die Politik besser zu verstehen, lohnt sich ein Blick auf die Parteienlandschaft Angolas.

Die politischen Parteien - Basis für ein Mehrparteiensystem?

Während des Unabhängigkeitskampfes entstanden drei politische Organisationen in Angola: Die angolische Volksbewegung zur Befreiung Angolas (MPLA), die Nationale Front zur Befreiung Angolas (FNLA) und die Nationale Union für die totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA). Alle drei verfügen über spezifische regionale und soziale Hintergründe (siehe oben), die auch heute noch Zustimmung und Ablehnung der Parteien in verschiedenen Bevölkerungsgruppen erklären. Die ideologischen Unterschiede, die bis Ende der 80er Jahre existierten - etwa zwischen dem Avantgarde-Sozialismus der MPLA und der maoistischen Rhetorik der UNITA - sind hingegen weitgehend passé. So unterscheiden sich die wirtschaftspolitischen Vorstellungen nur in Nuancen. Beide bekennen sich offiziell zur Marktwirtschaft und wollen die Gewinne aus dem wirtschaftlich dominanten Erdölsektor in den Aufbau der einheimischen Landwirtschaft und Industrie reinvestieren.

Nach dem Scheitern der gemeinsamen Übergangsregierung von MPLA, FNLA und UNITA im Jahr 1975 wurde die Mitgliedschaft in einer der politischen Organisationen lebensgefährlich, wenn man sich im Operationsgebiet des Gegners befand. Opposition war verboten und wurde verfolgt. Erst als im Mai 1991 ein Mehrparteiensystem in der Verfassung verankert und das Friedensabkommen von Bicesse unterzeichnet wurde, konnten sich Parteien offiziell anerkennen lassen und öffentlich wieder in Erscheinung treten. Vor den ersten Wahlen 1992 haben sich dann eine Reihe weiterer politischer Parteien und Bündnisse gebildet, die zumeist von einzelnen Persönlichkeiten ins Leben gerufen wurden. Ihnen gelang es aber nicht, das bipolare Parteiensystem zu durchbrechen, in dem die ehemaligen Kriegsgegner MPLA und UNITA den Ton angeben. Um eine dritte politische Kraft zu bilden bzw. sich bei den Wählern als glaubwürdige Alternative zu präsentieren, wären nicht nur eine längere Übergangszeit und größere finanzielle Unterstützung der jungen Parteien notwendig gewesen, sondern auch der Wille zur Einheit. Statt dessen spalteten sich die oppositionellen Kräfte in zahlreiche Gruppierungen, ohne daß sich programmatische Unterschiede erkennen ließen.

Schließlich wurden 18 politische Organisationen und Bündnisse zu den Wahlen im September 1992 zugelassen, davon zogen, neben MPLA und UNITA, 11 kleine und Kleinstparteien ins Parlament ein. Zusammengenommen kommen sie aber gerade einmal auf 20 von 220 Abgeordnetensitzen. Zwei Parteien haben bei den Wahlen jedoch ihre regionale Bedeutung unterstrichen: Die FNLA ist zwar nur mit fünf Sitzen im Parlament vertreten, erhielt aber fast 50 % der Stimmen in den Nord-Provinzen Zaire und Uíge. Ebenso verhält es sich mit der bis zu den Wahlen so gut wie unbekannt Partei der Sozialen Erneuerung (PRS), die in den

Diamanten-Provinzen Lunda Norte und Sul so viele Wählerstimmen verbuchen konnte, daß sie mit 6 Abgeordneten im Parlament vertreten ist.

Verglichen mit der Regierungspartei MPLA, die über 127 Parlamentsmandate verfügt, sind diese Oppositionsparteien aber so gut wie bedeutungslos. Die MPLA hat noch heute den Charakter einer Staatspartei. Formal sind zwar Parteispitze, Kabinett und Fraktionsspitze voneinander getrennt, doch in der Person des Staats- und Parteipräsidenten José Eduardo dos Santos laufen die Fäden zusammen. In seinem Präsidentenpalast „Futungo de Belas“ unterhält er einen Mitarbeiterstab aus politischen Beratern und Geheimdienstspezialisten, die es ihm erlauben Partei und Staat zu kontrollieren. Häufig hat es den Anschein, daß er fast nach beliebigen Minister und Parteifunktionäre ein- und absetzen kann. So ging z.B. der Entlassung fast der gesamten Regierungsmannschaft im Juli 1996 keine politische Debatte oder öffentliche Entscheidung der MPLA voraus. Als Teil der Kampagne „Neues Leben“, die sich gegen Mißwirtschaft und die unzumutbaren Lebensbedingungen der Bevölkerung richtete, wurden die Minister als Sündenböcke entlassen. Ein politischer Richtungswechsel ließ sich seither jedoch nicht erkennen. Auch die neue Regierungsmannschaft ist in das bestehende System aus Vetternwirtschaft und persönlichen Abhängigkeiten verstrickt, das den Alltag politischer und administrativer Entscheidungen in Angola bestimmt. Posten im Staatsdienst, Landnutzungs-, Handelsrechte, Betriebsgenehmigungen, Zugang zu medizinischer Versorgung im Ausland usw. sind von der Stellung in den politisch-klientelistischen Netzwerken abhängig. Die Verquickung politischer und privater wirtschaftlicher Interessen zeigte sich auch im Wahlkampf, der die MPLA über 100 Millionen US-\$ gekostet haben soll und größtenteils aus „Privatspenden“ finanziert wurde.

Eine koordinierter politischer Prozeß, der sich an parlamentarische Normen und politische Prinzipien orientiert, existierte in den vergangenen Jahren nicht. Selbst staatliche Grundfunktionen wie ein halbwegs vertrauenswürdiger Polizeiapparat oder eine geordnete Haushaltsführung konnten nicht aufrecht erhalten werden. Aktuelles Beispiel dafür ist der öffentliche Dienst, in dem von Januar bis Mai diesen Jahres keine Gehälter gezahlt wurden, so daß der Schulunterricht nicht stattfand und in den Krankenhäuser „Privatgebühren“ erhoben wurden. Die Politik der MPLA erscheint voller Widersprüche: Einerseits bekennt sie sich zu demokratischen Normen und Menschenrechtsprinzipien, andererseits gehören Zensur der staatlichen Medien und die Duldung von Menschenrechtsverletzungen der Polizei zum politischen Alltag. Einerseits versteht sich die MPLA als sozialistische Partei, andererseits sind die Ausgaben für Bildung und Gesundheit in kaum einem anderen Land Afrikas so niedrig wie in Angola und die gesellschaftlichen Unterschiede zwischen arm und reich so kraß.

Innerhalb der MPLA unterschiedliche politische Strömungen auszumachen, ist sehr schwierig. Während der Phase der politischen Öffnung Angolas zwischen 1988 und 1992 waren Reformkräfte in der MPLA bemüht, die Partei auf den Parteienwettbewerb vorzubereiten und ihr international das Label „sozialdemokratisch“ zu verschaffen. Durch das Scheitern des Friedensprozesses 1992 fühlten sich allerdings die Hardliner in der MPLA bestätigt, die den Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozeß mit großer Skepsis verfolgten.

Von allen Strömungen werden die Ergebnisse von Bicesse und Lusaka öffentlich anerkannt, aber in der Dialogbereitschaft mit den anderen Parteien sind Unterschiede festzustellen. An Personen lassen sich die Parteiflügel nur schwer festmachen, da die Reformer kaum als solche öffentliche in Erscheinung treten. Lediglich einige unabhängige Persönlichkeiten wie der Rechtsprofessor Bornito de Sousa oder parteihistorische Persönlichkeiten wie Mendes de Carvalho klagen öffentlich mehr Demokratie ein. Während der Fraktionsvorsitzende João Lourenço eher als Hardliner gilt, der die Vormachtstellung der Partei in Staat und Gesellschaft sichern will, wird der Generalsekretär der Partei Lopo do Nascimento wegen seines Einsatzes für das Mehr-Parteien-System und politische Öffnung als Reformler gesehen.

International pflegt die MPLA weiter gute Kontakte zu den ehemaligen Befreiungsbewegungen wie z.B. zur namibischen SWAPO oder zur mosambikanischen FRELIMO sowie zu den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas. Im September 1996 nahm die Sozialistische Internationale nach jahrelangen Diskussion die MPLA mit Beobachterstatus in ihre Reihen auf; bis dahin hatte sich u.a. der ehemalige portugiesische Staatspräsident Mário Soares gegen deren Aufnahme gestemmt. Soares war zum Zeitpunkt, als Angola unabhängig wurde, portugiesischer Außenminister gewesen und hatte die MPLA für ihre kommunistische Ausrichtung scharf kritisiert sowie Sympathien für die UNITA gehegt.

Die Widerstandsbewegung und größte Oppositionspartei Angolas, die UNITA, ist hingegen mittlerweile international weitgehend isoliert. Die regional wichtigsten Partner, das Apartheidsregime Südafrika und Zaire unter Mobuto, sind von der Macht verdrängt. Auch die USA haben ihre Unterstützung Savimbis eingestellt, nachdem er nach der Wahlniederlage aus dem Friedensprozeß ausgeschert ist. Lediglich unter einigen westafrikanischen Potentaten und in Marokko findet er noch Unterstützung.

Die Organisationsstruktur der UNITA ist bis heute die einer Rebellenbewegung geblieben. Sie besteht aus einer starren Hierarchie, an deren Spitze als Parteipräsident und Oberbefehlshaber der Truppen Savimbi steht. In diese militärische Organisation mischt sich die traditionelle Vorstellung, daß die alten Männer in der Gesellschaft hohe Autorität besitzen. In diesem Sinne wird Savimbi auch schlicht als der „Älteste“ (*O Mais Velho*) bezeichnet. Lokal besaß diese

Ältestenstruktur zur Rekrutierung von Kämpfern und zur Mobilisierung bei den Wahlen Bedeutung. Eine offizielle Einsetzung traditioneller Autoritäten in die kommunale Verwaltungsstruktur, wie es z.B. die Renamo in Mosambik fordert, ist bisher jedoch nicht Teil der UNITA-Programmatik gewesen.

Die politische Führungsschicht der UNITA besteht aus „neuen Assimilierten“ des Hochlands, deren Familien erst zum Ende der Kolonialzeit in den Genuß besserer Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten kamen. Aus dieser Perspektive der Benachteiligten erklärt sich auch der Polemik gegen die traditionelle Schicht der Assimilierten aus Luanda (insb. gegen Mischlinge), die zahlreich in der MPLA vertreten sind.

Die UNITA besitzt durchaus gutausgebildete Führungspersonen. Viele von ihnen haben im Ausland studiert. Sie verfügen aber über wenig administrative und parlamentarische Erfahrung, so daß sie sicher einige Zeit brauchen werden, um sich in der Regierungs- bzw. Parlamentsarbeit zurechtzufinden.

In den vergangenen Jahren haben eine Reihe hochrangige Kader der Organisation den Rücken gekehrt. Im Frühjahr 1992, also ein halbes Jahr vor den Wahlen, verließen Miguel N'zau Puna und Tony Fernandes die UNITA und gründeten eine eigene Partei (FDA). Sie beschuldigten ihre ehemalige Organisation, Verwandte von Dissidenten gefangen zu halten bzw. getötet zu haben. An Glaubwürdigkeit haben sie jedoch verloren, als sie unmittelbar nach den Wahlen als einzige Partei neben der MPLA in die Regierung aufgenommen wurden. Nach Wiederausbruch des Krieges blieben ein paar Abgeordnete und Offiziere der UNITA in Luanda und wandten sich gegen ihre eigene Parteiführung. Die MPLA versuchte außerdem erfolglos einige gefangene UNITA-Vertreter, wie den heutigen Fraktionsvorsitzenden Abel Chivukuvuku, zur Gründung einer zivilen Abspaltung von UNITA zu bewegen.

Für weitere Unstimmigkeiten innerhalb der UNITA sorgte die Unterzeichnung des Lusaka-Protokolls. Auf dem achten ordentlichen Parteitag der UNITA in Bailundo (8.-11. Feb. 1995) wurde der Friedensplan zwar bestätigt, doch der Verhandlungsführer von Lusaka, Eugenio Ngolo Manuvakola, wurde seines Amtes als Generalsekretär enthoben und durch General Lukambo Gato ersetzt. Nachdem die UNITA-Vertreter in Parlament und Regierung ihre Aufgaben übernommen haben und die Demobilisierung ihrer Truppen voranschreitet, muß sich die Partei nun mit dem Neuaufbau ihrer politischen Strukturen beschäftigen.

Die kleineren Parteien waren nach der Wahlschlappe endlich bereit ein Oppositionsbündnis einzugehen. Insgesamt 14 Parteien schlossen sich am 31. März 1994 zu den „*Parteien der zivilen und demokratischen Opposition (POC)*“ zusammen, darunter auch die ehemalige

Befreiungsbewegung FNLA. Vorsitzender von POC ist der ehemalige Minister Paulino Pinto João, der 1989 die MPLA verließ und die CNDA gründete. POC trat bisher im wesentlichen durch Appelle an die Kriegsparteien und gemeinsame politische Erklärungen zur politischen Lage in Erscheinung. Das Oppositionsbündnis begrüßte z.B. die Entscheidung zur Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit forderte darüber hinaus, daß nach dem Vorbild westafrikanischer Länder eine nationale Konferenz über Frieden und Versöhnung werde. Immerhin ist es den zivilen Oppositionsparteien gelungen, eine Plattform zu errichten, die wöchentlich zu politischen Diskussionen zusammenkommt. Ihr Einfluß und Zusammenhalt bleibt indes sehr gering. Die einzelnen Parteien bestehen fort und es ist äußerst fraglich, ob sie sich bei künftigen Wahlen auf eine gemeinsame Liste werden einigen können.

Die Regierung der Nationalen Einheit und Versöhnung (GURN)

Der im Mai 1991 unterzeichnete Friedensvertrag von Bicesse sah keine Machtteilung nach den Wahlen vor. Sowohl MPLA als auch UNITA setzten auf Sieg. Beide wollten die Staatsmacht für sich allein. Denn die Regierung zu stellen, bedeutet nicht nur, die politischen Geschicke des Landes zu lenken, sondern sichert den Zugang zu den Geldquellen der Exporteinnahmen (Erdöl und Diamanten) und zu wichtigen Positionen in Handel und Wirtschaft.

Während der Krieg 1993 noch tobte, führten Vertreter der Kriegsparteien bereits Verhandlungen, über die Frage, wie die UNITA an der Regierung beteiligt werden könnte. Die MPLA wollte ihren Kontrahenten zunächst mit dem Posten des Kulturministers und vier Vizeministerposten abspen. UNITA forderte hingegen alle Schlüsselministerien wie Verteidigung und Finanzen sowie die Gouverneursposten in den Provinzen, in denen sie die Wahlen gewonnen hatte. Das am 20. November 1994 unterzeichnete Lusaka-Protokoll sieht einen Kompromiß vor, der mit der Bildung der „*Regierung der Nationalen Einheit und Versöhnung (GURN)*“ am 11. April umgesetzt wurde. UNITA stellt nun vier Minister: Der ehemalige Presse-Sprecher der UNITA Jorge Valentim ist nun Minister für Tourismus. Der bekannte Rechtsanwalt Vitorino Hossi wurde zum Handelsminister ernannt. Neuer Gesundheitsminister ist Anastácio Sikatou und das Amt des Bergbauministers erhält der ehemalige Unita-Vertreter bei der UNO, Marcos Samondo. Außerdem stellt sie 7 Vize-Minister (Verteidigung, Inneres, Finanzen, Landwirtschaft, Bauen und Stadtentwicklung, Soziales sowie Medien).

GURN umfaßt aber nicht nur Minister und Vize-Minister von MPLA und UNITA, sondern durch die Schaffung neuer Ministerien und Ämter sind auch sieben weitere Parteien in der Regierung vertreten. Mit 29 Ministerien und 86 Kabinettsmitgliedern dürfte Angola einen

Rekord als Land mit den meisten Minister im Verhältnis zur Bevölkerungszahl (ca. 12 Mio.) aufgestellt haben. Die Entscheidungsstrukturen von GURN sind jedoch äußerst widersprüchlich. Es wurde keine gemeinsames Programm erarbeitet, sondern die Minister der anderen Parteien sind im Prinzip dazu verpflichtet, das Regierungsprogramm der MPLA umzusetzen, die weiterhin über die Mehrheit im Kabinett verfügt. Ohnehin ist fraglich über welche Kompetenzen die Minister bei der Machtfülle des Präsidenten und der knappen Haushaltslage vieler Ministerien verfügen. UNITA bleibt aber zugleich größte Oppositionspartei, d.h. sie ist Regierung und Opposition zugleich. Daß sie ihre Rolle als Opposition auch ausfüllen will, hat sie gleich in den ersten Wochen der Parlamentsarbeit klargestellt, als sie wirtschaftliche Unregelmäßigkeiten bei der staatlichen Fluggesellschaft TAAG kritisierte und die Einberufung einer staatlichen Untersuchungskommission verlangte. Ein wichtiger Aspekt bei der Bildung der „Regierung der Nationalen Einheit und Versöhnung“ ist sicherlich, daß die UNITA ebenso wie die MPLA die Möglichkeit erhält, Patronage-Beziehungen aufzubauen sowie Parteiführung und -organisation materielle und finanzielle Einnahmen zu garantieren. Positiv könnte man auch sagen, die Führung der UNITA wird in das „angolanische Zivilleben“ integriert - so wie es nun einmal funktioniert. Unklar ist zudem, welche Kompetenzen von der *Gemeinsamen Politisch-Militärischen Kommission (CCPM)* zur Überwachung des Friedensprozesses auf die neue Regierung übertragen werden. Bisher wurden alle zentralen politischen und militärischen Probleme zwischen Regierung und UNITA in der CCPM unter Leitung des UN-Sonderbeauftragten diskutiert. Nun ist die UNITA selbst in der Regierung vertreten und müßte, da sie nun Teil der Regierung ist, künftig mit sich selbst verhandeln.

Eine Reihe wichtiger Schritte, die gemäß dem Lusaka-Abkommen bereits umgesetzt werden sollten, sind noch zu tun:

1. Integration und Demobilisierung der UNITA-Soldaten

Von den 70.659 UNITA-Soldaten, die bis Ende Januar in den Kasernierungslagern registriert worden waren, sind über 16.000 desertiert und knapp 6.000 vermißt. Was mit ihnen geschehen soll, ist ungeklärt. Bis Ende Januar 1997 waren lediglich 5.895 von 26.300 benötigten Soldaten der UNITA in die gemeinsame Armee integriert. Mit dem Start der *Rapid Demobilization of Excess Troops* im April 1997 ist sowohl die Integration der UNITA-Soldaten in die gemeinsame Armee als auch die Demobilisierung deutlich beschleunigt worden und soll bis Ende August abgeschlossen werden.

2. Entwaffnung der Zivilbevölkerung

Vor Ausbruch der Kämpfe im November 1992 hatte die Regierung tausende Pistolen und Gewehre an Milizen verteilt, die anschließend in Luanda und anderen Städten UNITA-Anhänger lynchten. Bisher konnte erst ein Bruchteil der Waffen wieder eingesammelt werden und das Waffengeschäft blüht.

3. Umwandlung von VORGAN in einen kommerziellen Sender

Der Radiosender der UNITA, „Stimme des Widerstands des Schwarzen Hahns“ (VORGAN), sendet immernoch auf Kurzwelle sein Programm. Das Lusaka-Protokoll sieht aber vor, daß der Sender kommerzialisiert wird und nur noch auf UKW senden darf.

4. Garantie des freien Verkehrs von Personen und Waren

Zum Zeitpunkt der Integration und Demobilisierung der UNITA-Soldaten sollte auch die Bewegungsfreiheit von Personen und Gütern sichergestellt und durch die UNO-Mission überwacht werden. Die UNITA kontrolliert aber weiter Konvois, die von ihr beherrschte Gebiete passieren und läßt UN-Transporte aber keine kommerziellen Transporte passieren. Auch die Regierung verfügte im Frühjahr noch über 53 Kontrollstellen die den freien Verkehr einschränkten.

5. Aufbau einer einheitlichen territorialen Administration

In der Integration der bisher von der UNITA kontrollierten Gebiete in die staatliche Administration liegt nun die Hauptaufgabe für die Friedenssicherung in Angola. Solange Verwaltung, Polizei und Justiz nicht in allen Teilen des Landes verankert sind, bleibt die Unsicherheit über einen erneuten Kriegsausbruch bestehen. Vorgesehen ist, 140 Verwaltungschefs für Kommunen oder Stadtteile aus den Reihen der UNITA in die staatliche Administration zu übernehmen. Erste Fortschritte wurden nach der Bildung von GURN erzielt als Ende April Regierungsbeamte und Polizisten wieder in der Provinzhauptstadt Mbanza Kongo ihre Arbeit aufnahmen.

Der Friedensprozeß in Angola ist also noch mit einer Reihe von Unwägbarkeiten konfrontiert. Durch gute Dienste und diplomatischen Druck werden die Vereinten Nationen und die Geberländer des Wiederaufbauprogramms weiter auf die Umsetzung des Lusaka-Protokolls drängen. Auch die Einflüsse der politischen Veränderungen in der Region sind beachtlich. Der Sturz des zairischen Diktators Mobutu Sese Seko und die Machtübernahme Laurent Kabilas haben jüngst das Kräftegewicht in Angola nachhaltig verändert. Doch mit welchen Konsequenzen ?

Angolas Wirtschaft - Zwischen Chaos und Wiederaufbau

Die Ausbeutung seiner umfangreichen Erdöl- und Diamantenvorkommen macht Angola zu einem der reichsten Länder Schwarzafrikas. Produktion und Export von Erdöl besitzen für die angolansische Volkswirtschaft eine absolut zentrale Stellung. Im Jahr 1994 stammten ca. 54,5 % des Sozialproduktes und 83,5 % der Staatseinnahmen aus dem Erdölsektor. Der Dienstleistungssektor trug im Jahr 1994 schätzungsweise 32,2 %, die Landwirtschaft 12 % und der brachliegende Industriesektor nur 3,4 % zum Sozialprodukt bei.

Das durchschnittliche Bruttonettoprodukt pro Kopf betrug 1996 gemessen am offiziellen Wechselkurs immerhin ca. 700 US-Dollar und lag damit weit über dem afrikanischen Durchschnitt.

Doch das Bild Angolas als einer reichen Nation täuscht. Die Einnahmen vor allem aus den Öl-Exporten dienten (und dienen noch heute) im wesentlichen dazu, die Schulden der Regierung für den Kauf von Waffen - einschließlich moderner Militärausrüstung wie Kampfhubschrauber, MIG-Jagdflugzeugen und Panzern - zu finanzieren. Während sich die UNITA durch die Kontrolle der Diamantengebiete im Nordosten des Landes jährlich Einnahmen von ca. 500 Mio. US-Dollar sicherte, waren die an der angolansischen Küste gelegenen Erdölförderstätten immer unter Kontrolle der Regierung. Die übrigen Exporteinnahmen, die nicht für Waffen ausgegeben wurden, versickerten für Konsumimporte der städtischen Eliten.

Der Reichtum an Bodenschätzen kann für die Masse der Bevölkerung somit eher als Fluch statt als Segen bezeichnet werden, da er den Kampf um die Regierungsmacht auch finanziell so lukrativ macht und ausreichend Ressourcen für die Fortsetzung des Krieges liefert. In Friedenszeiten böten die Exporteinnahmen sicherlich eine wichtige Grundlage für den Wiederaufbau des Landes.

Angola verfügt nicht nur über Rohstoffreserven, sondern auch über gute Bedingungen für Landwirtschaft und Fischerei. Vor der Unabhängigkeit war die Landwirtschaft für Angolas Wirtschaft in zweifacher Hinsicht bedeutend: Auf der einen Seite produzierten hauptsächlich von Europäern betriebene kommerzielle Farmen Mais und Cash-Crops (Kaffee, Sisal, Baumwolle) für den Export, auf der anderen Seite versorgte der traditionelle Sektor die ländliche Bevölkerung und die lokalen Märkte der urbanen Zentren mit Nahrungsmitteln. Heute liegen die Felder größtenteils brach. Angola ist ohne den Import von Nahrungsmitteln und Konsumgüterartikeln nicht überlebensfähig.

Um die landwirtschaftliche und industrielle Produktion wieder anzukurbeln, müßten zunächst die im Krieg zerstörten Straßen, Schulen, Gesundheitsposten etc. wiederaufgebaut und gleichzeitig stabile ökonomische Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Dazu gehört insbesondere, das chronische Haushaltsdefizit und die Schulden von ca. 11,2 Milliarden US-Dollar (1994) zu reduzieren, die Hyperinflation von 2.880 % (1996) zu senken und den Wechselkurs des angolischen Kwanzas zu stabilisieren.

Seit 1987 hat die angolische Regierung als Neumitglied des IWF und der Weltbank mehrfach Anläufe zur Haushaltssanierung und Strukturanpassung gestartet. Neben der Abwertung des offiziellen Wechselkurses, der Erhöhung von Preisen für Erdölprodukte sowie den Abbau von Subventionen für Güter und Dienstleistungen sollte die Privatisierung staatlicher Unternehmen vorgenommen und die Erhöhung der Steuereinnahmen angestrebt werden. Die Finanzen liefen dann aber in den Kriegsjahren 1993-1995 derartig aus der Kontrolle, daß die Regierung nicht einmal Haushaltspläne vorlegte und die staatliche Ölgesellschaft (Sonangol) auf Anweisung des Präsidenten, des Verteidigungsministers und eines Teils der Regierung an der Kontrolle des Finanzministeriums vorbei, statt Steuern zu zahlen, den Schuldendienst für die Finanzierung der Importe bediente. Nach mehrfachen ergebnislosen Verhandlungen brach der Internationale Währungsfonds (IWF) 1995 die Beziehungen zu Angola zwischenzeitlich ab, erst Mitte Oktober 1996, mit dem Besuch des IWF-Direktors Michael Camdessus, erhielt Angola erneut Kreditzusagen für den Wiederaufbau und zur Unterstützung der wirtschaftlichen Reformen. Das neue Strukturanpassungsprogramm der Regierung, das *Programa Económico e Social (PES) 1995/96*, sollte helfen, Haushaltsplanung und -vollzug transparenter zu gestalten. Bisher standen in den Budgetplänen rein fiktive Größe, die sich in den tatsächlichen Ausgaben nicht widerspiegelten. Das Programm sah Maßnahmen zur Ausgabenbegrenzung, Stabilisierung des Kwanzas und Senkung der Inflation vor. Doch erst die Regierung unter dem neuen Premierminister França van Dunem begann mit dem im Juli 1996 gestarteten Programm *Nova Vida* („Neues Leben“) die Reformen umzusetzen. Der offizielle Wechselkurs des Kwanzas wurde dem Schwarzmarktkurs angepaßt, die angolische Nationalbank hat ihre kommerziellen Aktivitäten eingestellt und fungiert nur noch als Zentralbank. Mitte November 1996 wurde mit britischem, portugiesischem, südafrikanischem und französischem Kapital die *Banco Africano de Investimento (BAI)*, die erste Privatbank seit der Unabhängigkeit, gegründet.. Die wirtschaftlichen Reformmaßnahmen, wie z.B. die Aufgabe starker staatlicher Kontrollen im Preis-, Wechselkurs- und Handelssystem, stehen vor dem Problem, daß sie für einen einflußreichen Teil der Bevölkerung mit erheblichen Einkommenseinbußen verbunden wären. Die Staats- und Parteinomenklatura verlöre Profite, die sie aus der Differenz zwischen

offiziellen und parallelen Wechselkurs zieht, und allgemein müßte die städtische Bevölkerung mit dem Ende von Vergünstigungen, z.B. mit dem Wegfall von Höchstpreisen für Lebensmittel, rechnen. Um der städtischen Bevölkerung entgegenzukommen, sieht daher das Programm *Nova Vida* weiterhin die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln vor.

Auch die Privatisierung der Staatsbetriebe wurde nur sehr langsam betrieben, um einheimischen Unternehmern die besten Anteile zu sichern. Der Aufbau kleiner und mittlerer Unternehmen im Agrar- und Fischereisektor sowie im Bau- und Industriesektor wurde zwar seit 1995 mit ca. 50 Mio. US-Dollar seitens der Regierung unterstützt, doch ohne feste Wechselkurse und Preise fehlt diesen eine sichere Planungsgrundlage. Nach wie vor scheint der Ausbau des strategisch zentralen Erdölsektors oberste Priorität der Regierenden in Luanda zu sein. Die Entdeckung weiterer großer Erdölvorkommen durch die französische Erdölgesellschaft *Elf Aquitaine* ermöglicht zudem in den kommenden Jahren eine Ausdehnung des Fördervolumens von heute 700.000 Faß pro Tag auf über eine Millionen Faß pro Tag. Eines ist jedoch sicher, ohne einen stabilen Frieden wird es keinen allgemeinen Wirtschaftsaufschwung geben und Angola weiter am Tropf der Erdölexporte hängen bleiben..

Angolas Kirchen und NRO - Stimmen des Volkes oder Stimmenwirrwarr ?

Gesellschaftliche Selbstorganisation in Form von freien Vereinigungen oder Verbänden hat in Angola wenig Tradition. Unter der portugiesischen Kolonialherrschaft verfügten lediglich die christlichen Kirchen über das Recht, eigene Organisationsstrukturen aufzubauen. Nach der Unabhängigkeit behielt der sozialistische Staatsapparat die Kontrolle über die Gesellschaft. Mit den wachsenden sozialen Problemen und der politischen Öffnung Ende der 80er Jahre haben die Kirchen jedoch in den vergangenen Jahren wieder eine zentrale Stellung in der Gesellschaft eingenommen. Sie bieten den Angolanern die Gemeinschaft und die Hoffnung, die ihnen nach über 20 Jahren Bürgerkrieg und Armut ansonsten verlorengegangen sind. Außerdem verfügen die Kirchen über Ernährungsprogramme sowie über Gesundheits- und Bildungseinrichtungen für die Armen.

Politisches Gewicht, zum Beispiel als Vermittler im Friedensprozeß, haben die Kirchen Angolas nie erlangt. Ein Grund dafür ist, daß sie untereinander in starker Konkurrenz stehen und die ökumenischen Strukturen sehr wenig ausgeprägt sind. Über gemeinsame Friedensappelle an die Konfliktparteien kamen die ökumenische Friedenskommission nicht hinaus. Knapp 50 % der Angolaner sind Schätzungen zufolge Katholiken. Vor der Unabhängigkeit war die katholische Kirche als Staatskirche Portugals und seiner „Überseegebiete“ eng mit der Kolonialmacht im Bunde. Nach 1975 führte ihre streng anti-marxistische Haltung zu Konflikten mit der MPLA-Regierung, die einen Großteil der kirchlichen Besitztümer verstaatlichte. Die protestantischen Kirchen waren zwar als Unterstützer der Befreiungsbewegungen besser angesehen, doch auch sie sollten im „sozialistischen“ Angola nur eine untergeordnete Rolle spielen. Hinzu kommt, daß die evangelische Kirche, zu deren Anhänger ca. 17 % der Bevölkerung zählt, sich in zahlreiche Richtungen aufspaltet. Neben den ehemaligen Missionskirchen der Methodisten, Baptisten, Kongregationalisten und Lutheraner existieren auch noch zwei afrikanische christliche Kirchen: die Kimbanguisten und die Tocoisten.

Die politische Öffnung Ende der 80er Jahre führte zu einem kooperativen Verhältnis zwischen der Kirche und Staat. Schulen und Krankenhäuser wurden an die Kirchen zurückgegeben und ein wichtiger Teil der humanitären Hilfe und Sozialversorgungen wird über Caritas und die Sozialwerke der protestantischen Kirchen abgewickelt. Letztere haben vergangenes Jahr ein Konsortium (Church Action in Angola) gebildet, das die Zusammenarbeit mit den ausländischen Gebern koordinieren soll.

Andere unabhängige Vereinigungen konnten sich in Angola nicht entwickeln, da die MPLA nach der Unabhängigkeit dies verbot. Als gesellschaftliche Organisationen existierten lediglich parteinahe Massenorganisationen wie die Frauenorganisation (*Organização da Mulher Angolana - OMA*), Berufsverbände z.B. der Journalisten, der angolanische Gewerkschaftsverband (*União Nacional dos Trabalhadores Angolanos - UNTA*) und die Vereinigung der Bauernkooperativen (*União Nacional das Associações de Camponeses Angolanos - UNACA*). Erst mit der Entspannung im Zuge des Namibia-Abkommens (1988) entstand ein politisches Klima, in dem sich gesellschaftliche Organisationen jenseits von Staat und Kirche bilden konnten. Als erste angolanische NRO entstand 1989 die *Acção Angolana para o Desenvolvimento (AAD)*, die sich nach Verabschiedung der neuen Verfassung und des Gesetzes über die Bildung von Vereinigung 1991 anerkennen ließ. Zu den Gründern gehörten hochrangige Regierungsmitarbeiter; ihr erster Geschäftsführer war Albino Malungo, der heute das Amt des Ministers für Soziales und Reintegration bekleidet. Durch institutionelle Förderung der *Deutschen Welthungerhilfe* gelang es der AAD innerhalb kurzer Zeit beachtliche Kapazitäten aufzubauen und ihre Aktivitäten der Flüchtlingsreintegration auf Wiederaufbaumaßnahmen und landwirtschaftliche Projekte auszudehnen. Die AAD fungiert heute als Dienstleistungs-NRO für eine Vielzahl internationaler Partner-NRO. Eine vergleichbare Funktion besitzt die kurze Zeit später gegründete *Acção para o Desenvolvimento Rural de Angola (ADRA)* unter Leitung des Agrarsoziologen Fernando Pacheco, wobei sie sich auf Projekte ländlicher Entwicklung konzentriert. Neben diesen beiden „Großen“ haben sich inzwischen über 300 NRO mit sozialen und Entwicklungsaktivitäten beim Dachverband der angolanischen Nicht-Regierungsorganisationen (*FONGA*) registrieren lassen.

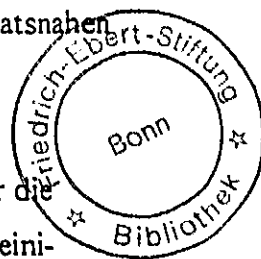
Die nicht-kirchlichen NRO in Angola lassen sich in folgende Gruppen unterteilen, wobei die drei ersten Kategorien alles Entwicklungs-NRO und die letzten beiden gesellschaftspolitische Vereinigungen sind:

1. Zu den *Wohlfahrtsverbände*, die Nothilfemaßnahmen für die Armen in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellen, können das angolanische Rote Kreuz, die *Liga contra a Fome e a Miséria (LICOFOM)* und die ehemals staatsnahe *Liga Angolana de Amisade e Solidariedade com os Povos (LAASP)* gerechnet werden. Zahlreiche neue NRO haben in den vergangenen Jahren Nothilfeprojekte mit Hilfe internationaler Geber durchgeführt.
2. *Professionelle Dienstleistungs-NRO*, die über gute administrative Kapazitäten, Mitarbeitern in mehreren Provinzen und breitangelegten Entwicklungsprogramme verfügen, gibt es bisher nur zwei: AAD und ADRA. Sie kooperieren sehr eng mit verschiedenen internationalen

NRO bzw. führen von ihnen finanzierte Projekte durch. Sie verfügen aufgrund ihrer direkten Kontakte zu staatlichen Stellen nahezu über das Monopol der privaten Kooperationsarbeit.

3. *Betroffenenverbände* und *Organisationen mit speziellen Arbeitsschwerpunkten* sind zum Beispiel die Aids-Hilfe (*Acção Angolana de Luta contra a SIDA - AALSIDA*), der Nationale Verband Angolanischer Behinderter (ANDA), der Verband der kriegsversehrten Soldaten Angolas (AMMIGA) sowie verschiedene Hilfsorganisationen für Kinder wie das Humanitäre Programm für Waisen (PHCO) oder die *Acção pela Vida (APV)*.
4. In jüngster Zeit sind auch *Menschenrechts- und Bürgervereine* entstanden, die weniger soziale als gesellschaftspolitische Fragen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. In Luanda hat sich z.B. die Honoratiorenvereinigung (*AADH*) gegründet, die ein Zentrum für Menschenrechtsarbeit einrichten möchte. Eher dezentral betreibt die Jugendvereinigung des Stadtteil Cazenga (*Associação de Juventude para o Desenvolvimento de Cazenga - AJUDECA*) Menschenrechtsarbeit. Sie klärt in den Armenviertel Luandas die Bevölkerung über ihre Bürgerrechte und Menschenrechtsverstöße z.B. der Polizei auf. In der Provinzhauptstadt Benguela haben junge Intellektuelle den Debatierklub *Agência Garatão* gegründet der regelmäßig Podiumsdiskussionen organisiert; zum Beispiel zu Themen wie: Polygamie oder die Rolle traditioneller Autoritäten in der ländlichen Gesellschaft.
5. Auch *unabhängige Gewerkschaften bzw. Berufsverbände* sind in den letzten Jahren entstanden. Im Streit um die ausstehenden Gehälter dieses Jahres hat die Lehrgewerkschaft (*SINPROF*) in Verhandlungen mit dem Erziehungsministerium eine gute Figur abgegeben. Der Streik und Lobbyarbeit bei den Parlamentariern hat die Regierung, die den streikenden Lehrern zunächst überhaupt kein Gehälter mehr zahlen wollte zum einlenken veranlaßt. Die unabhängige Journalistengewerkschaft (*SJA*) ist hingegen bisher kaum in Erscheinung getreten. Viele Journalisten sind sowohl in der *SJA* als auch in der staatsnahen Journalistenvereinigung *UJA* Mitglied.

Der weitere Aufbau und die Stärkung der Zivilgesellschaft sind wichtige Aufgaben für die Zukunft Angolas. Die Unterstützung entwicklungsbezogener NRO und Selbsthilfevereinigungen ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Armutsbekämpfung, sondern auch zur Entwicklung des Selbstvertrauens der Bevölkerung. Menschenrechts- und Bürgervereine sowie unabhängige Gewerkschaften können zudem ein Korrektiv der Regierungspolitik darstellen. Die Voraussetzung jeglicher zivilgesellschaftlicher Festigung ist jedoch die Konsolidierung des Friedens und die Etablierung ziviler Mechanismen der Konfliktlösung durch eine verantwortliche Regierung und ein funktionsfähiges Parlament.



Angolas Medien - Knospen der Demokratie im Schatten der Machthaber

Auch die angolanischen Medien können ihre Funktion als öffentliches Korrektiv politischer Entscheidungen noch nicht ausüben. Die wichtigsten Medien des Landes sind in der Hand des Staates. Die einzige angolanische Fernsehstation (TPA) ebenso wie das nationale Radiostation (RNA), das als einziges Medium im ganzen Land zu empfangen ist. Auch die Nachrichtenagentur (ANGOP) die einzige Tageszeitung (Jornal de Angola) und die größte Wochenzeitung (Correio da Semana) unterstehen der Obhut der MPLA. Selbstzensur und Kontrolle durchwehen ihre Redaktionsstuben. Seit der Bildung von GURN hat auch die kritische Berichterstattung über UNITA nachgelassen. Ein Tribut, der an die Versöhnung zwischen den neuen „Regierungspartnern“ gezahlt werden soll. Viele Journalisten haben in den vergangenen Jahren die staatlichen Medien verlassen, andere durchaus kritische Geister sind aber auf das Gehalt und die Unterstützung des Staates angewiesen.

Auch die UNITA verfügt - im Widerspruch zu den Vereinbarungen von Lusaka - über einen eigenen Radiosender (VORGAN) mit Kurzwellenbetrieb, den sie für ihre Propaganda einsetzt. Wegen der einseitigen Berichterstattung der Medien hatten die Vereinten Nationen zu Beginn der UNAVEM-III-Mission versucht, einen eigenen Fernseh- und -Radiosender aufzubauen, was die Regierung jedoch als Akt gegen ihre Souveränität untersagte. Schließlich einigte man sich darauf, daß die UNO beim staatlichen Rundfunk Sendezeiten erhält, in denen sie unabhängig über den Friedensprozeß berichten kann.

Die im Jahr 1991 verabschiedete Verfassung und das neue Pressegesetz sehen zwar Presse- und Meinungsfreiheit vor, doch die unabhängigen Medien stecken noch in den Kinderschuhen. Im Jahr 1992 wurden drei kommerzielle Radiostationen in Luanda und in den Provinzhauptstädten Benguela und Lubango gegründet. Sie werden von ehemaligen Redakteuren des Nationalen Radios geleitet, senden jedoch gelegentlich auch regierungskritische Berichte. Unabhängige Journalisten arbeiten in Angola unter Lebensgefahr. Morddrohungen und Schikanie gehören zu ihrem Alltag. Internationales Aufsehen erregte der Mord an dem Journalisten Ricardo de Mello. Er war Chefredakteur der Tageszeitung *Imparcial Fax* und recherchierte gerade Korruptionsfälle im Militär, als er im Januar 1995 vor seinem Haus einem Attentat zum Opfer fiel. Andere bekannte unabhängige Journalisten arbeiten seitdem ständig unter der Angst, selbst das nächste Opfer zu sein.

Dennoch sind im vergangenen Jahr einige neue Wochenzeitschriften entstanden, die in Luanda und einigen Provinzhauptstädten mit großem Interesse gelesen werden.

Die bekannteste unter ihnen ist das Blatt *Folha 8*, das vom Angolaner William Tonet herausgegeben wird und zweimal in der Woche erscheint. In polemischen Stil werden eine Auswahl aktueller politischer, sozialer, kultureller und internationaler Themen auf 16 Din-A4 Seiten aufbereitet. Als zweite unabhängige Zeitung entstand die Politik und Wirtschaftszeitung *Comércio e Actualidade* unter Leitung des Journalisten Carlos Miranda. Und seit diesem Jahr gibt die Journalistenkooperative unter Leitung von Aguiar dos Santos die Wochenzeitschrift *Agora* („Jetzt“) heraus.

Neben den unabhängigen Journalisten ist die katholische Kirche im Bereich Medien aktiv. Seit Frühjahr ist ihr Sender *Radio Ecclesia* wieder in Betrieb, allerdings ist er bisher nur auf UKW in Luanda zu empfangen. Daneben gibt sie die Monatszeitschrift *Apostolado* heraus, in der auch politische und Menschenrechtsfragen thematisiert werden.

Die unabhängigen Zeitungen sind sehr engagiert, erreichen bisher aber nur eine kleine Schicht von Intellektuellen in der Hauptstadt und einigen Provinzhauptstädten. Ihre Auflagen liegen ungefähr bei 4.000 Exemplaren. Aus Anzeigen und Verkauf können sie sich nicht finanzieren, so daß sie auf Spenden angewiesen sind. Ähnlich wie in Mosambik, wo aus einem kleinen Zeitungsprojekt nach 4 Jahren die meistgelesenste Wochenzeitung (*Savana*) entstanden ist, bietet ein friedliches Angola den unabhängigen Journalisten eine bessere Perspektive.

Auch vom weiteren Zeitungsprojekten ist bereits die Rede. Der ehemalige Herausgeber der staatlichen Tageszeitung *Jornal de Angola*, Vitor Silva, plant mit Unterstützung US-amerikanischer Medien die Herausgabe einer unabhängigen Tageszeitung. Silva war 1993 wegen des Erscheinens einer regierungskritischen Karikatur gefeuert worden.

Der Machtwechsel in Kongo/Zaire und seine Bedeutung für Angola

Zaire war seit Anfang der 70er Jahre ein wichtiges Rückzugs- und Nachschubgebiet für die angolanischen Befreiungsbewegungen gewesen. Im ersten angolanischen Bürgerkrieg 1975 griffen sogar zairische Truppen auf Seiten von FNLA und UNITA in den Kampf ein. Auch Teile der Separatisten-Bewegung zur Befreiung der Enklave Cabinda (FLEC) wurde von Kinshasa unterstützt. Zuletzt war Zaire der wichtigste Umschlagplatz der UNITA für den Verkauf von Diamanten und dem Kauf von Waffen. Kein Wunder also, daß mehrere tausend Soldaten der UNITA Mobutu zu Hilfe eilten, jedoch ohne Erfolg. Die UNITA-Führung leugnet jede Einmischung in den Konflikt des Nachbarlandes, doch die AFDL hat unlängst gefangene UNITA-Kämpfer der Presse präsentiert.

Auf der anderen Seite ist es ein offenes Geheimnis, daß die Regierung den Transport und die Bewaffnung von Rebellen zur Unterstützung Kabilas zu verantworten hat. Es handelt sich dabei um *Katanga-Gendarmen* aus dem Südosten Zaires, die in Angola vor langer Zeit Asyl bekommen hatten und die 1977/78 bei militärischen Inkursionen in die rohstoffreiche Shaba-Provinz (ehemaliges Katanga) unterstützt worden waren.

Der Sturz Mobutos bedeutet für die UNITA zugleich den Verlust des wichtigsten Partners in der Region. Als militärisches Rückzugsgebiet wird sie die neue Republik Kongo nicht mehr nutzen können und auch der Waffen- und Diamantenhandel wird vermutlich von den neuen Machthabern in Kinshasa erschwert werden.

Nach der Machtübernahme Kabilas sind Ende Mai in den angrenzenden Nordostprovinzen Angolas neue Gefechte zwischen Regierungssoldaten und (ehemaligen) UNITA-Kämpfern ausgebrochen. Die MPLA hatte ihre Truppen bereits im April an den Grenzen verstärkt, um zu verhindern, daß bewaffnete Flüchtlinge nach Angola einmarschieren. Unklar ist bisher, ob es sich bei den Kämpfen um eine „Säuberungsaktion“ der Regierung gegen Flüchtlinge und zur Kontrolle der Diamantenminen handelt, oder ob die aus Zaire/Kongo zurückkehrenden UNITA-Söldner auf eine Offensive der Regierungstruppen gestoßen sind.

Es steht zu befürchten, daß die Hardliner der Regierungsarmee die Gunst der Stunde nutzen wollen, um militärisch weiter Boden gegenüber der UNITA gutzumachen, und daß die UNITA ihrerseits sich dazu veranlaßt sieht, den Demobilisierungsprozeß wieder zu verlangsamen.

Angolas Perspektiven - Hoffen auf wirtschaftlichen Wiederaufbau und Konsolidierung des Friedens

Die Gefechte in der Provinz Lunda-Norte und die Mobilisierung von Soldaten beider Seiten in anderen Landesteilen hat bisher noch nicht zum Bruch in der Regierung der Nationalen Einheit und Versöhnung (GURN) geführt. Mit dem Sturz Mobutus hat die UNITA ihren letzten Verbündeten in der Region verloren. Eine Rückkehr zu den Waffen scheint für sie wenig vielversprechend. Sie sollte sich in den kommenden Jahren bemühen, politisch im ganzen Land Fuß zu fassen und durch die Integration in den Staatsapparat und die Parlamentsarbeit ihren Einfluß geltend zu machen.

So unausgegoren die Konstruktion der „Regierung der Nationalen Einheit und Versöhnung“ auch sein mag, so eröffnet sie der UNITA dennoch die Perspektive, nicht als Verliererin in den politischen Prozeß zurückzukehren. Die Parlamentsfraktion der UNITA hat in den ersten Wochen ihrer Arbeit bereits deutlich gemacht, daß sie sich nicht mit dem Abnicken von

Regierungserklärungen zufrieden geben wird. So hat sie z.B. das Einsetzen einer Kommission zur Untersuchung von Korruptionsfällen bei der staatlichen Fluggesellschaft TAAG gefordert. Die Abgeordneten und Mitarbeiter des Parlament müssen sich allerdings erst an ihre aktive Rolle gewöhnen. Politische Entscheidungen wurden bislang von der Regierung getroffen, den Abgeordneten verkündet und zur Zustimmung vorgelegt. Ein Gesetzgebungsverfahren, bei dem das Parlament entscheidend mitwirkt und Ausschüsse, welche die Arbeit der Regierung kontrollieren können, müssen erst etabliert werden.

Ende Juni unterzeichneten das angolanische Parlament und die Vereinigung der Europäischen Abgeordneten für Afrika (AWEPA) ein Kooperationsabkommen, daß Maßnahmen zum Capacity-Building von Abgeordneten und Mitarbeitern des Parlaments vorsieht. Abgeordnete erhalten die Möglichkeit an Workshops zu allgemeinen und ausschußspezifischen Themen teilzunehmen, Mitarbeiter werden in Sprachen und Datenverarbeitung geschult.

Zentrale politische Aufgabe der kommenden Monate wird sein, eine einheitliche Verwaltung und Kontrolle im ganzen Land aufzubauen. Voraussetzung dafür ist aber, daß die militärischen Auseinandersetzung zwischen Regierungssoldaten und UNITA-Kämpfern beigelegt werden. Es wird Aufgabe der neuen UN-Beobachtermission (UNOMA), der Geberstaaten sowie der Internationalen Organisationen sein, den Weg der Friedenskonsolidierung für die Konfliktparteien zu ebnet. Dazu ist auch die soziale Reintegration der Bevölkerungsteile, die am stärksten unter den Folgen des Krieges gelitten haben, erforderlich. Im Mittelpunkt der Reintegrationssprogramme der Regierung und der Hilfsorganisationen stehen Aktivitäten zur Integration demobilisierter Soldaten sowie der Flüchtlinge und Vertriebenen. Parallel dazu muß das Nationale Kommunale Wiederaufbauprogramm umgesetzt werden, um auf dem Land die physische und soziale Infrastruktur zu erneuern. Minen müssen geräumt, Straßen, Wasserversorgungssysteme, Schulen und Krankenhäuser gebaut und entsprechend ausgestattet werden.

Die Dekonzentration der staatlichen Strukturen, d.h. die Verlagerung administrativer Entscheidungen auf die Provinz- oder Distriktebene ist zudem eine weitere Voraussetzung für den regionalen Ausgleich in Angola, der für eine langfristige Friedenskonsolidierung notwendig ist. Von den kommenden Wahlen, die in 2 bis 3 Jahren stattfinden werden, darf nicht zuviel erwartet werden. Wichtig wird sein, institutionelle und materielle Garantien für die künftige Opposition zu vereinbaren, damit die Wahlen nicht wieder zum Kampf für das politische Überleben werden.

Abkürzungsverzeichnis:

AADH	Associação Angolana para os Direitos Humanos (Angolanische Vereinigung für Menschenrechte)
AFDL	Alliance des Forces Democratique por la liberation du Congo/Zaire
ANGOP	Staatliche Presseagentur Angolas
FAA	Forças Armadas Angolanas (Angolanische Militärstreitkräfte)
FLEC	Frente de Libertação do Enclave Cabinda (Befreiungsfront der Enklave Cabinda)
FNLA	Frente Nacional de Libertação de-Angola (Nationale Befreiungsfront Angolas)
FONGA	Forum das Organizações Não-Governamentais Angolanas (Forum der angolanischen Nicht-Regierungsorganisationen)
GURN	Governo de Unidade e Reconciliação Nacional (Regierung der nationalen Versöhnung und Einheit)
MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola (Volksbewegung zur Befreiung Angolas)
RNA	Rádio Nacional de Angola (Staatlicher nationaler Radio-Sender)
SJA	Sindicato dos Jornalistas Angolanos (Unabhängige Angolanische Journalistengewerkschaft)
SWAPO	South-West African Peoples Organisation (Befreiungsbewegung Namibias)
TAAG	Transportes Aéreos de Angola (Staatliche Luftfahrtgesellschaft)
TPA	Televisão Popular de Angola (Staatliches angolanisches Fernsehen)
UJA	União dos Jornalistas Angolanos (Staatsnahe Journalistenvereinigung)
UNITA	União Nacional da Independência Total de Angola (Nationale Union für die Totale Unabhängigkeit Angolas)
UNAVEM	United Nations Angolan Verification Mission (I: Namibia-Abkommen, 1988-1991, II: Friedesabkommen von Bicesse, 1992-1994, III: Lusaka-Protokoll, 1995-1997)
UNOMA	United Nations Observation Mission in Angola (ab Mitte 1997)
VORGAN	Voz da Resistência do Galo Negro (UNITA-Radiosender)